AKTUELLE HAUPTSTADTINFOS

20. April 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Edgar Franke ist neuer Opferbeauftragter der Bundesregierung**
- **Diplomatische Anstrengungen verstärken statt weitere Eskalation in Syrien**
- **Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz mit Katarina Barley**
- **Reformen der Europäischen Union vorantreiben**
- **Treffen der SPD-Landesgruppe Hessen mit der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles**
- **Startschuss für die Beratungen des Bundeshaushalt 2018**
- **Zwei Besuchergruppen aus dem Wahlkreis von Esther Dilcher**

Edgar Franke ist neuer Opferbeauftragter der Bundesregierung

Als neuer Opferbeauftragter der Bundesregierung ist Edgar Franke seit dem 11. April diesen Jahres zentraler Ansprechpartner für Opfer von Terroranschlägen.

Sein Amt, als Nachfolger des ehemaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, stellt Dr. Edgar Franke vor neue Herausforderungen.

Drei Monate nach dem Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 wurde Kurt Beck als Beauftragter für die Opfer dieses Anschlags eingesetzt. Bei diesem Anschlag wurden zwölf Menschen ermordet und damals über 100 Menschen zum Teil schwer verletzt.

Dr. Edgar Franke wurde als Opferbeauftragter der Bundesregierung durch die Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley vorgestellt.

Auch die Bundesregierung hält eine stärkere Unterstützung der Opfer von Terrorismus für notwendig. Daraus folgte die Ernennung von Edgar Franke als Beauftragter der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland durch das Bundeskabinett am letzten Mittwoch.

Der Opferbeauftragte wird tätig, wenn der Generalbundesanwalt (bei Fällen terroristischer Straftaten) ermittelt.

Immer in der Hoffnung, es werde nie wieder zu einem terroristischen Anschlag kommen, hat Edgar Franke nun die Aufgabe, Strukturen in einem Referat im Bundesjustizministerium für schnelle Hilfe zu schaffen. Erste materielle Entschädigungen sollen den Opfern in Zukunft innerhalb von zwei Wochen zukommen.

Auch die Erhöhung der Entschädigungszahlungen für Hinterbliebene aus dem Härteleistungsfonds ist ihm ein wichtiges Anliegen.

Dazu kommt die Betreuung der Opfer des Anschlages auf dem Breitscheidplatz. Edgar Franke ist es wichtig, aus den Versäumnissen des Staates bei der Betreuung der Breitscheidplatz-Opfer zu lernen.

Mit dem Amt des Opferbeauftragten will er eine unbürokratische Anlaufstelle für Betroffene sein.

Siehe auch die Homepage des BMJV:
http://www.bmjv.de/DE/Themen/OpferschutzUndGewaltpraevention/Opferbeauftragter/Opferbeauftragter_node.html

Diplomatische Anstrengungen verstärken statt weitere Eskalation in Syrien

Seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien im Jahr 2011 kam es immer wieder zu Einsätzen von chemischen Kriegswaffen. Der Einsatz dieser Art von Waffen ist international geächtet. Wiederholt hat das syrische Regime von Bashar al-Assad mit dem Einsatz von Chemiewaffen unfassbare Kriegsverbrechen an der eigenen Bevölkerung begangen.

Am 29. April 1997 wurde die Chemiewaffenkonvention der Vereinten Nationen verabschiedet. Staaten, die die Konvention unterschrieben haben, verpflichten sich chemische Waffen nicht einzusetzen und diese nicht zu entwickeln, herzustellen und zu lagern. Auch der syrische Staat unterzeichnete am 14. September 2013 die Konvention.

Am 7. April 2018 kam es wieder, vermutlich durch syrische Streitkräfte, in der syrischen Stadt Duma zu einem Einsatz von Giftgas. Die Weltgesundheitsorganisation spricht von etwa 500 Opfern, welche Symptome einer Belastung durch giftige Chemikalien aufweisen. Mehr als 40 Menschen starben an den direkten Folgen.

Als Reaktion darauf führten die ständigen Mitglieder des UN- Sicherheitsrats Großbritannien, USA und Frankreich Militärschläge gegen mutmaßliche Lager- und Produktionsstätten für chemische Waffen des syrischen Staates durch. Deutschland enthielt sich einer Teilnahme, begrüßte jedoch den Militärschlag als Zeichen gegen den Einsatz von Chemiewaffen.

Außenminister Heiko Maas betonte, dass Deutschland mitwirken werde, diplomatische Wege zu finden, welche zu einem Waffenstillstand, einer Übergangsregierung ohne Bashar al Assad und zu freien Wahlen in Syrien führen. Jemand der Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung einsetze, könne nicht Teil dieser Lösung sein, sagte Maas. Dabei sei man auch auf die Mitarbeit Russlands angewiesen, da Russland die syrische Regierung unter Assad seit 2015 militärisch unterstützt. Jeder Versuch, politische Lösungen herbeizuführen, müsse aber unter dem Dach der Vereinten Nationen geschehen.

„Das Morden und Sterben in Syrien kann nicht militärisch, sondern nur diplomatisch unter dem Dach der Vereinten Nationen beendet werden, sind sich die Abgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke einig und begrüßen, dass unser Außenminister Heiko Maas zusammen mit seinem französischen Kollegen initiativ werden will. Oberste Priorität müsse dabei zunächst die Durchsetzung einer Waffenruhe und die Einrichtung freier Korridore zu den Menschen vor Ort haben. Humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung würden dringend benötigt.

Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz mit Katarina Barley – Wichtige Vorhaben für das laufende Jahr besprochen

Die Sitzung der AG Recht und Verbraucherschutz fand in dieser Woche in Anwesenheit der Ministerin der Justiz und für Verbraucherschutz statt. Katarina Barley legte in einem einführenden Referat die wichtigsten Ziele des Ministeriums dar.

An erster Stelle nannte sie den „Pakt für den Rechtsstaat“. Hier geht es darum, die Digitalisierung auch von der rechtlichen Seite gut zu meistern, die Qualität in der Rechtsprechung – besonders im Bereich Familienrecht – weiter zu verbessern und das Ansehen der Rechtsberufe und das Vertrauen in den Rechtsstaat insgesamt zu stärken.

Bundesministerin Katarina Barley

Im Verbraucherschutz wollen wir die Muster-feststellungsklage zügig und noch zum Ende

dieses Jahres auf den Weg bringen und daneben entschieden gegen das Unwesen des Abmahnmissbrauchs vorgehen. Die Marktwächter, also die Marktbeobachtung aus Verbrauchersicht, wollen wir verstetigen.

Eine Datenschutzgrundverordnung soll Bürgerinnen und Bürger zukünftig besser vor Internetunternehmen und deren Daten-Sammelwut schützen. Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang ist die Algorithmen-Kontrolle.

„Es darf nicht sein, dass ein Algorithmus erkennt, von wo und vor allem von welchem Gerät aus ich meinen Flug buche und mir je nach Standort und verwendetem Gerät unterschiedliche Preise nennt“, so erläutert Esther Dilcher anhand eines praktischen Beispiels wie wichtig es ist, die Algorithmen-Kontrolle zurückzugewinnen, um die Rechte von Nutzerinnen und Nutzern nachhaltig zu stärken. Außerdem soll ein digitaler Ethikrat geschaffen werden. Dieser wird zu gleichen Teilen beim Bundesministerium des Inneren (=BMI) und beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz angesiedelt werden.

Unter dem Begriff „Recht für eine moderne Gesellschaft“ wollen wir vor allem im Bereich Familienrecht überprüfen, ob die Rechtsprechung hier noch zeitgemäß ist und den Anforderungen unserer modernen Gesellschaft entspricht.

Im Bereich Wohnen und Mieten werden wir die Mietpreisbremse überprüfen und gegebenenfalls neu justieren. Auch die Modernisierungsumlage werden wir uns noch in diesem Jahr vornehmen. Ein großes Thema wird außerdem die Grundsteuerreform werden. Wir werden hier als SPD darauf achten, dass auf Mieterinnen und Mieter keine weiteren Belastungen hinzukommen.

„Als Mitglied im Haushaltsausschuss mit der Verantwortung für den Einzelplan 07, Justiz und Verbraucherschutz, kann ich besonders gut darauf achten, dass für unsere Vorhaben, besonders für den Verbraucher- und den Opferschutz sowie eine moderne Rechtsprechung, auch genügend Mittel eingeplant werden“, freut sich Esther Dilcher auf die anstehenden Beratungen.

MdB Esther Dilcher

Reformen der Europäischen Union vorantreiben

Der Koalitionsvertrag wurde bewusst mit „Ein neuer Aufbruch für Europa“ überschrieben. Die Fraktionschefin der SPD-Bundestagsfraktion, Andrea Nahles, betonte in der Fraktionssitzung in dieser Woche, dass sie kein Verständnis dafür habe, dass in der Union so viele rote Linien definiert werden. Rote Linien, die die geforderte Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion in Frage stellen. Sie ermahnte CDU und CSU zur Einhaltung des Koalitionsvertrags.

Von der CDU war bereits am Montag die Botschaft gekommen, vor der Einführung eines eigenen Euro-Haushalts müssten zuerst Finanzierungsprobleme gelöst werden, die durch den Brexit und angesichts neuer Aufgaben auf die EU zukämen.

Die CSU lehnte am Dienstag einen europäischen Finanzminister, eine EU-weite Arbeitslosenversicherung und eine Vertiefung der Einlagensicherung bei Banken ohne vorherige Risikominimierung ab.

Nahles betonte, dass es bei so großen und komplexen Reformvorhaben wie etwa einer Einlagensicherung oder dem Aufbau eines Europäischen Währungsfonds auch richtig sei, über die genaue Ausgestaltung der Reform der Europäischen Union weiter zu diskutieren.

Kein Verständnis habe sie allerdings für die Debatten, die derzeit in der Union geführt werden und die grundsätzliche vereinbarte Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion in Frage stellen.

Der Koalitionsvertrag formuliere ein klares Ja zum Fortschritt in Europa, so Nahles weiter. Das muss die Grundhaltung dieser Regierung und der sie tragenden Fraktionen sein. Und hier erwarte sie auch Klarheit von der Kanzlerin.

Ganz zentral für die SPD-Bundestagsfraktion ist dabei, dass die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung eines Investivhaushaltes für die Eurozone endlich vorankommen.

Treffen der SPD-Landesgruppe Hessen mit der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles

In unserer Landesgruppensitzung in dieser Sitzungswoche hatten wir am Montagabend hohen Besuch: Unsere SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles war in der hessischen Landesvertretung in Berlin zu Gast.

Andrea Nahles sagte, die SPD sei der Garant für Demokratie und Freiheit in unserem Land. Dieses Erbe wolle sie bewahren und mit neuen Ideen voranbringen.

Zudem forderte sie mehr Klarheit in der politischen Sprache: „Die Menschen wollen kein Politchinesisch, sondern eine Sprache, die sie verstehen.“ Eine ehrliche Kommunikation innerhalb der SPD und im politischen Prozess insgesamt, so unsere Fraktionsvorsitzende, sei eine Notwendigkeit.

Diese schwierige Aufgabe könne niemand allein meistern. Auch eine Parteivorsitzende nicht. Ihr sei es wichtig, so Nahles weiter, dass die SPD zusammenarbeite. „Wir können nur gemeinsam als Team Erfolg haben“, so ihre deutliche Aufforderung. Dies gelte für die Bundestagsfraktion und auch die Partei insgesamt.

Bild: Andrea Nahles mit Staatsminister Michael Roth

Andrea Nahles machte in der Sitzung sehr deutlich, dass die Partei bei den anstehenden Zukunftsdebatten neue Ideen brauche. Sie rief dazu auf, als Landesgruppe sowie auch als SPD aktiv an diesen Zukunftsdebatten teilzunehmen.

Das Hauptziel der SPD sehe sie darin, das Land in eine bessere Zukunft zu führen und das alltägliche Leben der Menschen besser zu machen. Zu diesem Zweck forderte unsere Fraktionsvorsitzende dazu auf, dass die SPD die Debatte um die Erneuerung des Sozialstaates anführen müsse. Zusätzlich warb Andrea Nahles für eine Fokussierung auf bessere Bildung, Mobilitätsausbau und die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in einem funktionierenden Sozialstaat.

Sie stellte klar, im Fall der Wahl am kommenden Sonntag auf dem SPD-Parteitag in Wiesbaden zur Vorsitzenden, dass sie die Partei wieder zu einer Volkspartei machen wolle. Andrea Nahles bat um die tatkräftige Mitwirkung unserer Landesgruppe und versprach, sie werde die hessische SPD bei den Landtagswahlen am 28. Oktober dieses Jahres „volle Pulle“ unterstützen!

Startschuss für die Beratungen des Bundeshaushalt 2018

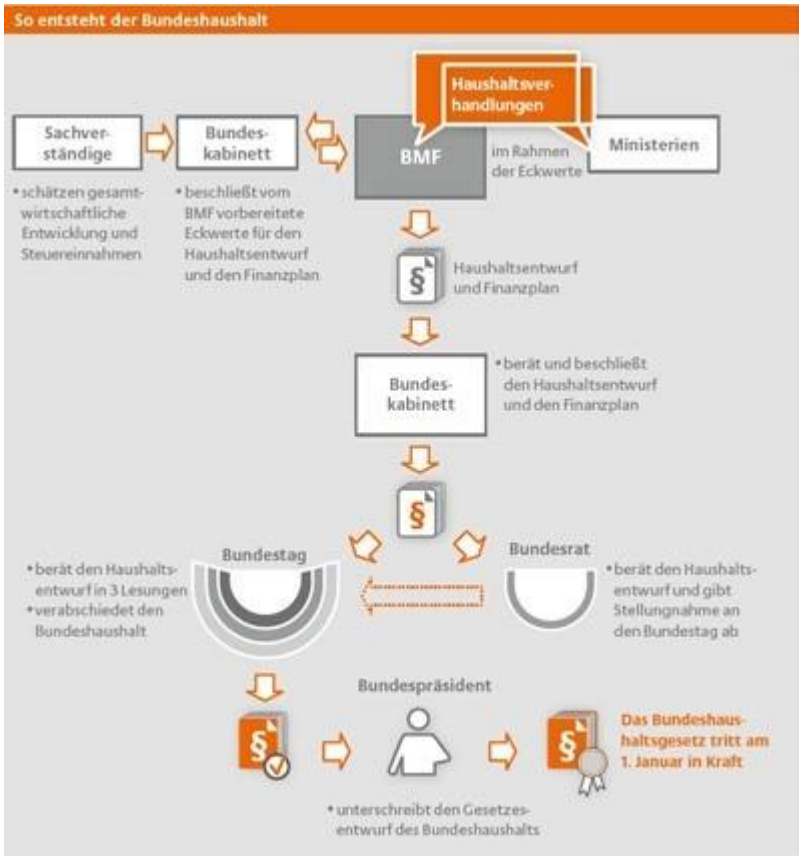
Durch das Scheitern von Jamaika haben sich auch die Beratungen zum Bundeshaushalt 2018 erheblich verzögert. Der neue Haushaltsentwurf wird demnächst fertiggestellt. Dazu unterrichtete der Bundesfinanzminister Olaf Scholz am Montag die Mitglieder des Haushaltsausschusses auf ihrer Klausurtagung. Esther Dilcher ist Mitglied in dem wichtigen Haushaltsausschuss und erklärt in diesem Beitrag, wie die Haushaltsberatungen ablaufen.

„Der Haushaltsentwurf ist das Regierungsprogramm in Zahlen, denn er gibt Auskunft darüber, welche Aktivitäten der Staat für das kommende Jahr beabsichtigt und für welche Zwecke wie viel Geld ausgegeben wird“, erklärt Esther Dilcher die Bedeutung des Haushaltsentwurfs.

Erstellt wird der Haushaltsentwurf vom Bundesministerium der Finanzen (=BMF). In der Haushaltsabteilung des BMF fließen alle Informationen zusammen, die für den Haushaltsentwurf wichtig sind. Auf der Einnahmeseite ist dies vor allem die Steuerschätzung. Über die Ausgaben verhandelt das BMF mit den anderen Bundesministerien. Das BMF beschließt dabei zunächst – in Abstimmung mit den Ministerien – Eckwerte, die die wesentlichen Bereiche des Bundeshaushalts umfassen.

Diese werden vom Bundeskabinett verabschiedet und bilden die Grundlage für die detaillierte Verteilung der Mittel.

Mit dem Eckwertebeschluss werden die Einnahme- und Ausgabeplafonds der Bundesministerien für das weitere Haushaltsaufstellungsverfahren verbindlich festgelegt. Die Eckwerte dienen der Einhaltung der Schuldenbremse und stellen eine transparente und konsistente Haushaltspolitik sicher.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die eigentliche Aufstellung des Haushalts beginnt in den Haushaltsreferaten der Bundesministerien und obersten Bundesbehörden. Sie müssen Vorschläge zu ihrem Haushalt sammeln und als Voranschlag an das Finanzministerium weiterleiten. Im Finanzministerium werden die Vorschläge wiederum gesammelt, geprüft und zusammengefasst. Anschließend wird ein Entwurf des Gesamt-Haushaltsplans erstellt und vom Kabinett (also der Bundesregierung) beschlossen.

Anschließend wird der Entwurf zeitgleich dem Bundesrat und dem Bundestag zugeleitet. Der Bundesrat nimmt innerhalb von sechs Wochen Stellung zum Haushaltsentwurf. Die Stellungnahme wird dann von der Bundesregierung mit einer Gegenäußerung versehen und danach dem Bundestag übermittelt. Dadurch kann der Bundestag in seinen Beratungen die Haltung der Länder berücksichtigen.

Bevor das parlamentarische Verfahren im Bundestag eröffnet wird, finden so genannte Berichterstattergespräche zu den Einzelplänen statt. Berichterstatter sind diejenigen, die innerhalb einer Fraktion für einen bestimmten Teil des Haushaltes, meist einen Einzelplan, verantwortlich zeichnen.

Die Berichterstattergespräche finden mit den Berichterstattern aller Fraktionen für einen bestimmten Einzelplan in Anwesenheit der jeweiligen Minister statt. Diese „Vorab-Gespräche“ sollen das anschließende parlamentarische Verfahren entlasten. „Wir versuchen in diesen Gesprächen, schwierige Fragen vorab zu klären und strittige Punkte konstruktiv anzugehen“, erklärt Esther Dilcher den Zweck dieser „Vorab-Treffen“.

Die Beratung im Bundestag umfasst drei Lesungen. In der ersten Lesung erläutert der Finanzminister den Haushaltsentwurf. Nach mehrtägiger Debatte wird der Entwurf dann an den Haushaltsausschuss überwiesen. Dort geschieht die eigentliche Arbeit. Die jeweiligen Berichterstatter des Ausschusses gehen jeden einzelnen Ausgabeposten durch, hinterfragen diesen in den Ministerien und geben ihre Empfehlungen an den Haushaltsausschuss. Diese Empfehlungen werden dann in so genannten Einzelplanberatungen besprochen. Am Ende legt der Ausschuss dem Bundestag einen mehr oder weniger stark veränderten Haushaltsentwurf vor. Es folgt die zweite Lesung, in der es erneut zu Debatten zwischen Regierung und Opposition kommt. Dabei wird über jeden Einzelplan abgestimmt. In der dritten Lesung steht das gesamte Werk mit allen Änderungen zur Schlussabstimmung.

Zwei Besuchergruppen aus dem Wahlkreis von Esther Dilcher

„Diese Woche war in vielerlei Hinsicht eine tolle Woche, denn neben vielen spannenden politischen Themen, die auf meiner Agenda standen, haben mich zwei Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis besucht, darunter auch die erste Wahlkreisfahrt“, so Esther Dilcher am Ende der ersten Plenarwoche im April.

Wahlkreisfahrten, BPA-Fahrten genannt, sind politische Bildungsfahrten, die vom Bundespresseamt organisiert werden. Jeder Abgeordnete hat pro Jahr 150 Plätze, verteilt auf drei Fahrten á 50 Teilnehmer, zu vergeben.

Das Programm dieser Fahrt konnte sich in der Tat sehen lassen: Gleich am ersten Tag gab es ein Mittagessen auf dem Fernsehturm am Alexanderplatz und eine Führung durch das Bundeskanzleramt. Ein Besuch der Dauerausstellung im Tränenpalast, der ehemaligen Grenzstation zwischen Ost- und West-Berlin am Bahnhof Friedrichstraße zeigte den Besuchern Bilder aus der Zeit als Berlin noch eine geteilte Stadt war.

Der Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen verdeutlichte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die schrecklichen Seiten der Verfolgung Andersdenkender in der ehemaligen DDR. Die Stadtrundfahrt mit politischem Schwerpunkt ist ein fester Bestandteil der BPA-Fahrten und erklärt das politische Berlin von damals und heute.

Höhepunkt des Besuches war die Teilnahme an einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages. Hier konnten die Besucherinnen und Besucher Politik live erleben. Der anschließende Besuch der Reichstagskuppel krönte das Ganze. Im Paul-Löbe-Haus mit den Sitzungssälen der Ausschüsse und vielen Abgeordnetenbüros wurde das gemeinsame Erinnerungsfoto gemacht.

Am letzten Tag bestand noch die Möglichkeit zu einem individuellen Rundgang um das Brandenburger Tor. Wer hier schnell war, konnte auch noch das Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden, das sich in unmittelbarer Nähe befindet, besuchen. Und dann ging es auch schon zurück in den Wahlkreis.

Am Donnerstag traf ich mich mit einer Abschlussklasse der Holzfachschule Bad Wildungen. Die Klasse kam gerade von der Besuchertribüne im Plenarsaal. Die Schülerinnen und Schüler hatten dort zusammen mit ihrem Lehrer für eine Stunde die Debatte im Plenum verfolgt. Erste spontane Reaktion eines Schülers: ganz schön anstrengend! „Ich habe mich über diese Ehrlichkeit gefreut, auch weil diese Bemerkung zeigt, dass die Aufgaben und das Pensum eines Abgeordneten eben durchaus mühevoll und strapaziös sind“, schmunzelt Esther Dilcher. Die Gruppe reist, genau wie meine BPA-Gruppe, morgen wieder in meinen Wahlkreis zurück.

„Ich hoffe für beide Gruppen, dass die Heimreise nicht durch das Entschärfen einer in der Nähe des Hauptbahnhofs gefundenen Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg verzögert wird und wünsche allen meinen Besucherinnen und Besuchern eine gute und sichere Fahrt. Ich habe mich sehr gefreut, dass mich interessierte Bürgerinnen und Bürger in Berlin besucht haben und bin schon gespannt auf weitere Besuche“, zieht die Abgeordnete am Freitag zufrieden Bilanz.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.